

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: International Herald Tribune - OPEC als Geberorganisation; The Guardian - Ja oder nein - und was dann?; The Washington Post - Der Trend zur Einheitspartei; L'Aurore - Kissingers Ansichten; The Economist - Breschnews letzte Runde; Le Monde - Der Kongreß und Kambodscha

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Blick in die Weltpresse: International Herald Tribune - OPEC als Geberorganisation; The Guardian - Ja oder nein - und was dann?; The Washington Post - Der Trend zur Einheitspartei; L'Aurore - Kissingers Ansichten; The Economist - Breschnews letzte Runde; Le Monde - Der Kongreß und Kambodscha, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 3, pp. 151-152

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134797>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

OPEC als Geberorganisation

Paris, 5. 3. 1975 (Jonathan Power): Nach Schätzungen der Weltbank sind die Ölkosten der kein Erdöl produzierenden Länder um 10 Mrd. \$ gestiegen. Das entspricht 15 % ihrer gesamten Importausgaben. . . Da gleichzeitig die Nahrungsmittelpreise gestiegen sind und die Nachfrage nach ihren Exportgütern gesunken ist, geriet die Dritte Welt ins Schleudern. . . Die Bemühungen der OPEC, nicht die Hauptverantwortung für diesen Stand der Dinge übernehmen zu müssen, sind bisher fast völlig erfolglos.

Die meisten ihrer Repräsentanten hält zwar die westliche Presse für feindlich gesonnen und daher nicht für wert, umworben zu werden. Dennoch setzt sich allmählich ein anderes Image durch – die Großzügigkeit der OPEC-Staaten als Geberländer. Bis gegen Ende 1973, also vor den hohen Ölpreisstörungen, leisteten nur Kuwait, Libyen und Saudi-Arabien in nennenswertem Umfang Entwicklungshilfe. Die geschätzten Gesamtausgaben für diesen Zweck betragen netto etwa 408 Mill. \$ 1972 und 491 Mill. \$ 1973. Heute spendet jedoch jeder OPEC-Staat . . . und Saudi-Arabien, Iran, Kuwait und Venezuela sind die großen Geberländer. Nach OECD-Schätzungen erreichte die Gesamtsumme ihrer Hilfeleistungen nach den für den Westen geltenden Kriterien . . . fast 10 Mrd. \$, etwa den gleichen Betrag, den die Entwicklungsländer für verteuerte Erdölimporte aufbringen müssen. Und wenn man die beträchtlichen Käufe von Weltbankanleihen und die Beiträge zur IWF-Ölfazilität hinzuzählt, liegt der Gesamtbetrag sogar noch höher.

Ganz so einfach, wie diese Zahlen vermuten lassen, liegen die Dinge jedoch nicht. Erstens hinken die tatsächlich ausgezahlten Beträge beträchtlich hinter den Zusagen hinterher – 1974 wurden nur etwa 2,6 Mrd. \$ ausgezahlt. Und zweitens konzentriert sich die Hilfe immer noch auf bestimmte Länder, obwohl sich der Kreis der Empfänger schnell ausweitet.

Am überzeugendsten spricht aber für die OPEC die Tatsache, daß die „Neureichen“ verhältnis-

mäßig großzügiger sind als die „alten“ Reichen. Die Hilfeleistungen der wichtigsten OPEC-Geberländer erreichen fast 3 % ihrer Öleinnahmen und 2 % ihres BSP. Kuwait, das älteste Geberland, spendet 6 % seines BSP – im Vergleich zu einem westlichen Durchschnitt von 0,3 % . . . Die kommunistischen Geberländer spenden sogar noch weniger.

The Guardian

Ja oder nein – und was dann?

Manchester, 27. 2. 1975: Die Europafrage ist von derartig überragender Bedeutung, daß wir eine lang-etablierte politische Praxis aufgeben und ein Referendum durchführen müssen, in dem das britische Volk entscheiden wird, ob wir in der EG bleiben oder sie verlassen. Von so großer Bedeutung ist dieses Problem allerdings nun wieder nicht, daß sich die Regierung zum Rücktritt verpflichtet fühlt, falls ihre Empfehlung vom Volk abgelehnt werden sollte.

Das ist das Paradoxe in der Argumentation der Regierung. . . Das Referendum ist ein Fehler, der unsere konstitutionelle Praxis langfristig gefährdet, da es in Zukunft immer möglich sein wird, bei anderen „Fragen von überragender Bedeutung“ gegen das Parlament Berufung einzulegen. . . Nachdem die Regierung den ursprünglichen Fehler gemacht hat, ein Referendum zu versprechen, tut sie aber nun alles in ihrer Macht stehende, um keine Krise heraufzubeschwören. Die im Weißbuch gestellte Frage ist fair und wird wahrscheinlich die richtige Antwort bewirken. . . Berechtigterweise versucht die Regierung, die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre Verhandlungserfolge zu lenken, aber zu den den Wählern vorgelegten Fakten wird auch die Empfehlung der Regierung und ihre Begründung gehören müssen.

The Washington Post

Der Trend zur Einheitspartei

Washington, 4. 3. 1975: Der Iran hat sich der wachsenden Zahl der Länder mit einem Einheitspartei-System angeschlossen. Im Reich des Schahs Mohammed Reza Pahlevi ist allerdings der Unterschied zwischen einer Einparteienregierung und der vorherigen Situation, als es besten-

falls nur eine Schattenopposition gab, keinesfalls schwerwiegend. Wichtiger für Irans sozial-ökonomische Entwicklung ist der vom Schah geforderte Verkauf von Industrieaktien an Arbeiter und Allgemeinheit. Die Regierung wird das Eigentum an den Schlüsselindustrien und das Management aller ihr gehörenden Branchen behalten – aber 99% der letzteren an die Arbeiter verkaufen. Fabriken in privater Hand werden 49% ihrer Anteile an Arbeiter oder Allgemeinheit verkaufen müssen. Man könnte das einen experimentellen Sozial-Kapitalismus nennen... und das Interessante daran ist, daß er von der Staatsspitze ausgeht. Ein Monarch gibt ein Beispiel für die facettenreiche politische Struktur der Welt von heute.

L' Aurore

Kissingers Ansichten

Paris, 28. 2. 1975: Kissinger bereitet keineswegs seinen Rücktritt vor. Ganz im Gegenteil! Zunehmend vom Kongreß kritisiert, nahm er die Herausforderung an. So erzwang er seine Anerkennung als die Nummer 1 Amerikas und verwandelte seine Pressekonferenz zu einer echten Botschaft über die Lage der Welt. Er erinnerte Senatoren und Abgeordnete an ihre schwere Verantwortung, besonders für Vietnam und Kambodscha... und zeigte einigen Optimismus im Hinblick auf den Nahen Osten... Er bestätigte, daß die vorbereitende Konferenz zwischen Ölproduzenten und Ölkonsumenten Ende März oder wenig später stattfinden könne... Die SALT-Verhandlungen sind nach seinen Worten noch in einem vorbereitenden Stadium, und es wäre voreilig zu beurteilen, ob sie durch die Ablehnung des Handelsabkommens durch Rußland beeinflußt worden sind. Doch bemerkte Kissinger auch, daß „auf lange Sicht dieser Entschluß den Trend zur Détente schwächen muß“. Jetzt wartet man auf die Reaktion der Senatoren und Abgeordneten, an die Kissingers Worte gerichtet waren.

The Economist

Breschnews letzte Runde

London, 1.–7. 3. 1975: Sichtlich ist Breschnew wieder genesen. Es gibt keinen Beweis dafür, daß Moskau während seiner Abwesenheit eine Stätte wilder Machtkämpfe gewesen ist oder irgendeine Verbindung zwischen seiner Krankheit und der sowjetischen Ablehnung des 1972 geschlossenen Handelsvertrages mit den USA besteht... Vermutlich hat die Welt es mit einem unveränderten Breschnew mit unveränderter Politik zu tun. Der große Unterschied ist lediglich der Zeitfaktor. Anscheinend handelt es sich jetzt um Breschnews

letzte Runde. Ein kranker Mann von 68 Jahren kann nicht erwarten, ein Land wie Rußland lange weiterregieren zu können.

Breschnew altert zwar, und sein Gesundheitszustand ist zweifelhaft, im Gegensatz zu Chruschtschow hat er aber keine Rivalen. Immer war er sehr bemüht darum gewesen, seine wichtigsten Kollegen an seiner vorsichtigen Politik zu beteiligen, die niemals den harten Kern des sowjetischen Establishments derartig alarmierte wie einige von Chruschtschows riskanteren Unternehmungen. Wäre seine letzte Krankheit politisch oder physisch verhängnisvoll gewesen, so läge die Vermutung nahe, daß sein ständiger Vertreter, Andrei Kirilenko, reibungslos sein Amt übernommen hätte, unterstützt von derselben Mannschaft – Kossygin, Podgorny, Gretschnko, Suslow und die anderen. Das hätte aber eine kollektive Führung mit einem höheren Durchschnittsalter als Breschnews Jahrgang bedeutet... So besteht also kein Grund zu der Annahme, daß diese Männer es eilig haben, Breschnew durch einen jüngeren Mann zu ersetzen.

Le Monde

Der Kongreß und Kambodscha

Paris, 28. 2. 1975: Beim letzten Washingtonbesuch seines stellvertretenden Außenhandelsministers Alchimow genierte sich Moskau nicht anzufragen, ob man sich auf die internationalen Verpflichtungen einer Regierung verlassen könne, die von den Launen und der Unbeständigkeit eines dominierenden Kongresses abhängig ist. Und doch steht bereits jetzt fest, daß Zeit und gegenseitiges Entgegenkommen die durch den Trade Act errichteten Hindernisse überwinden werden. Die Dinge liegen jedoch ganz anders, wenn es sich um die für das wankende Indochina beantragten Gelder handelt. Den von der Regierung Ford vorgebrachten gefühlsmäßigen Argumenten fehlt es nicht an Substanz, falls die Truppen Phnom-Penh tatsächlich an Munitionsmangel leiden. Was aber eine große Kongreßmehrheit sowie New York Times und Washington Post ablehnen, ist die Konsequenz dieses Arguments.

Die Amerikaner sind nicht die alleinigen Verantwortlichen für den Vietnamkrieg. Aber sie, und sie allein, waren es, die 1970 die Initiative für eine Intervention in Kambodscha in der illusorischen Hoffnung ergriffen, die Vietkong-Guerillas von ihren Stützpunkten abschneiden zu können. Die Tatsache, daß dieses unbesonnene Unternehmen jetzt zu einer Katastrophe ausartet, ist in den Augen der meisten Abgeordneten kein Grund, das unvermeidliche Ende durch eine Hilfe zu verzögern, die kaum das Mirakel einer Wende bewirken kann.